

Newsletter – Ausgabe Nr. 7

Solidarität mit den Beschäftigten von Vallourec Mülheim, Stärkung des Radverkehrs, weiterer Weg zur Klimaneutralen Metropole Ruhr – Ergebnisse der letzten Verbandsversammlung des RVR

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und liebe Leser,

die Verbandsversammlung hat am vergangenen Freitag in ihrer letzten Sitzung vor der Sommerpause die Vorlage der Verwaltung zu Strategie und Zielen des RVR beschlossen. Die Vorlage lag bereits seit Dezember 2021 vor und war auf Wunsch der Großen Koalition bereits mehrfach geschoben worden. Sie hat außerdem das Umsetzungskonzept Regionales Radwegenetz, die Regionale Biodiversitätsstrategie sowie Perspektiven zum Ausbau Erneuerbarer Energien beschlossen. Zu Beginn der Sitzung hatte unsere Fraktion gemeinsam mit SPD, CDU, Grünen und FDP Resolutionen zu Vallourec in Mülheim und zu einer „Radprofessur in der Wissensmetropole Ruhr“ eingebracht, die einstimmig beschlossen wurden.

Der Vallourec-Stahlkonzern will seine Werke in Mülheim an der Ruhr und Düsseldorf 2023 schließen, dadurch würden 2.400 Beschäftigte ihre Arbeitsplätze verlieren. Mit der Resolution hat das Ruhrparlament ein Zeichen der Solidarität mit den Beschäftigten und deren Familien gesetzt. Sie fordert von Bund und Land Unterstützung der Beschäftigten und für die sozial-ökologische Transformation der Stahlindustrie in der Region. Unter Einbindung von Politik und Verwaltung soll nach Möglichkeiten gesucht werden, erneut produzierendes Gewerbe am Standort anzusiedeln.

In der Resolution „Radprofessur in der Wissensmetropole Ruhr“ fordert der RVR von Bund und Land eine weitere zusätzliche Stiftungsprofessur „Radverkehr“ für das Ruhrgebiet zu vergeben. So könnten langfristig mehr Kapazitäten im Bereich der Ausbildung von Planer*innen in Sachen „Radverkehr“ an den Hochschulen der Region geschaffen werden – und genau daran mangelt es erheblich.

Weiteres aus der 6. Sitzung der Verbandsversammlung

„Das“ Thema auf der Verbandsversammlung: Strategie und Ziele des Verbandes

Die Verwaltung des RVR hat nach längerer interner Diskussion ein neues Strategiepapier für die „RVR-Familie“ vorgelegt, d.h. die Verwaltung und die Beteiligungsgesellschaften. Die Fraktion DIE LINKE hat beantragt, das Papier nur zur Kenntnis zu nehmen und die weiteren Schritte der Umsetzung im Rahmen der Haushaltsverhandlungen zu diskutieren und zu beschließen, da es in der Verbandsversammlung natürlich unterschiedliche politische Ziele und Vorstellungen gibt. So ist ein wichtiger Punkt in dem Papier die „Standortmarketingkampagne“ des RVR, die auf Wirtschaftsförderung zielt und in der Form von uns stets abgelehnt wurde.

Dieses Vorgehen wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Große Koalition hat die Verwaltungsvorlage zwar mitgetragen und beschlossen, sie gleichzeitig jedoch aufgefordert, bis September eine noch einmal überarbeitete Version vorzulegen, bei der die Transformation des Ruhrgebietes zur „grünsten Industrieregion“ im Mittelpunkt stehen soll. Als Fraktion DIE LINKE haben wir Zweifel geäußert, ob dieses Ziel die Aufgaben wirklich erfasst. Denn es fehlt die soziale Komponente, obwohl das Ruhrgebiet als Folge des Strukturwandels der letzten Jahrzehnte heute der Brennpunkt von Langzeitarbeitslosigkeit und Armut ist. Aus diesem Grunde sprechen die Gewerkschaften und sogar die Grünen von sozial-ökologischer Transformation, so Wolfgang Freye, der für die Fraktion dazu ausführlich sprach.

Wenn man die sozialen Aspekte so ausklammert, kommt man nachhaltigen Lösungen in Bereichen wie Armutsbekämpfung, Bildung, Arbeiten, Wohnen kein Stück näher. Die im Antrag der Koalition geforderte Anwendung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ist zwar wichtig, bleibt aber sehr abstrakt.

Den AfD-Antrag u.a. zur Streichung eines Satzes, in dem die Verwaltung dafür plädierte, alle Menschen gleich zu behandeln, unabhängig von ihrer Herkunft, Bildung usw. hat Wolfgang Freye in seinem Redebeitrag als das gekennzeichnet, was er ist: Rückwärtsgewandt und reaktionär. Dafür gab es auch Beifall aus anderen Fraktionen.

Regionale Biodiversitätsstrategie auf den Weg gebracht

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ist die jetzt beschlossene Regionale Biodiversitätsstrategie ein Meilenstein auf dem Weg zum Schutz, dem Erhalt und der Erhöhung der Biodiversität in der Region. Mit dem intensiven Erarbeitungsprozess mit zahlreichen (fach-)öffentlichen Werkstätten zu den einzelnen Themen ist der Verband seiner Rolle als Vorreiter und Moderator der Region gerecht geworden. Erstmals wird klar und deutlich benannt, dass die in der Region nicht genutzten und unter Schutz zu stellenden Flächen ihren besonderen Wert im Interesse des Erhalts von Natur, Umwelt und Wertschöpfung besitzen. Auf deren Grundlage ist es möglich, dass Kommunen und Kreise zusammen mit dem Verband und anderen Beteiligten an der Umsetzung regional abgestimmter Ziele und Maßnahmen arbeiten. An Hand der ermittelten messbareren Kriterien kann die Steigerung der biologischen Vielfalt nach einheitlichen Maßstäben bewertet werden.

Wolfgang Freye machte für die Fraktion DIE LINKE in seinem Redebeitrag weiterhin deutlich, dass die Strategie nur funktionieren kann, wenn das geplante Handlungsprogramm gemeinsam mit den Kommunen entwickelt wird. Dass die Große Koalition vor allem Wert darauflegte, dass die Einstufung und Behandlung von Flächen im Einzelfall betrachtet werden muss, sieht DIE LINKE nicht als Gegensatz zu der vorgelegten Strategie, wobei es natürlich darauf ankommt, daran festzuhalten, dass alte, brachliegende Industrieflächen wieder nutzbar gemacht werden, um den vorhandenen Flächenbedarf vor allem von Industrie und Gewerbe zu decken.

Dem Antrag von SPD und CDU zur Einwerbung zusätzlicher Mittel auf Landes- und Bundesebene hat die Fraktion zugestimmt und dabei kritisch angemerkt, dass wir bei der Umsetzung des beschriebenen Ziels der Vergrößerung der Naturwaldzellen genau hinsehen werden. Eine Umstellung auf eine naturgemäße, ökologische Bewirtschaftung des Waldes könne auch nach vorhandenen Erfahrungen bei Ruhr Grün durchaus auch Gutes bewirken, ohne dabei die Nutzbarkeit des Waldes für Freizeit und Erholung einzuschränken.

Umsetzungskonzept Regionales Radwegenetz – Endbericht nun endlich beschlossen

Erneut hat sich die Verbandsversammlung mit dem Umsetzungskonzept zur Erhöhung der Alltagstauglichkeit der Radwegeverbindungen und mit dem Streckenausbau beschäftigt. Die Verwaltung wurde nun beauftragt, auf der Grundlage dieses finalen Berichtes die Finanzierung der priorisierten Radwege mit dem Land zu klären und Fördermöglichkeiten auf Bundes- und EU-Ebene zu prüfen. Als nächster Schritt soll noch in diesem Jahr das regionale Freizeitnetz für den Radverkehr weiterentwickelt werden, um dieses anschließend in das Gesamtnetz zu integrieren.

Dem Antrag von SPD und CDU zur Einwerbung zusätzlicher Mittel auf Landes- und Bundesebene hat die Fraktion zugestimmt und dabei kritisch angemerkt, dass wir bei der Umsetzung des beschriebenen Ziels der Vergrößerung der Naturwaldzellen genau hinsehen werden. Eine Umstellung auf eine naturgemäße, ökologische Bewirtschaftung des Waldes könne auch nach vorhandenen Erfahrungen bei Ruhr Grün durchaus auch Gutes bewirken, ohne dabei die Nutzbarkeit des Waldes für Freizeit und Erholung einzuschränken.

Klimaneutrale Metropole Ruhr – CO₂-Neutralität bis 2030 abgelehnt, Ausbau Erneuerbarer Energien beschlossen

Der Antrag der Grünen-Fraktion, schnellstmöglich die Abhängigkeit von fossilen Ressourcen zu reduzieren, in dem man das Erreichen der Ziele des Masterplans Klimaneutrale Region auf 2030 vorzieht, hat für kontroverse Diskussionen gesorgt. Dieser Masterplan, der das Ziel der CO₂-Neutralität beinhalten soll, ist noch überhaupt nicht beschlossen. Er wird zurzeit von der Verwaltung erarbeitet und kann natürlich nur ein Rahmen für die Region sein, da der RVR ja keinerlei „Durchgriffsrechte“ auf die Kommunen hat.

Die Fraktion DIE LINKE hat klargestellt, dass sie es ebenfalls für notwendig und richtig erachtet zu prüfen, wie man das Ziel der Klimaneutralität bereits 2030 oder spätestens 2035 erreichen kann. Sie hat den Antrag der Grünen dennoch nicht unterstützt, weil bei der Erarbeitung des Masterplans ausdrücklich verschiedene Szenarien geprüft werden sollen, auch eine „Deadline“ vor 2045, dem bisher von der Bundesregierung gesetzten Datum.

Für Kritik und auch etwas bissige Ironie sorgte die Tatsache, dass Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen) vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegen die Ukraine inzwischen eine Verlängerung des Einsatzes der Kohle plant und in Katar „Klinken putzt“ – einem Staat, der nun gerade nicht für die Wahrung von Menschenrechten steht.

Der Grüne Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso ein Antrag der Fraktion DIE LINKE, in dem ein Zwischenbericht zur Erarbeitung des Masterplans Klimaneutralität für die Sitzungen im September gefordert wurde, in dem besonders die Möglichkeit vorgezogener Termine für Klimaneutralität geprüft werden sollte. Die Begründung aus der Großen Koalition: Das sei doch sowieso geplant. Man kann also gespannt sein ... Die Grünen haben sich bei unserem Antrag enthalten.

Dem Antrag von SPD und CDU zu einem möglichen Teilaspekt der Masterplanung, der Perspektiven und des Ausbaus der Erneuerbaren Energien auf den Liegenschaften des RVR hat die Fraktion zugestimmt, auch wenn die Verwaltung mit dem vor kurzem beschlossenen Liegenschaftskonzept das Thema bereits bearbeitet.

Kies-Urteil des OVG Münster führt zur 3. Offenlage des Regionalplans Ruhr

Die Verwaltung des Verbandes informierte darüber, dass die bisher festgelegten Abgrabungsbereiche im Regionalplan Ruhr aufgrund des Kies-Urteils des OVG Münster neu geprüft werden müssen. Das Gericht hatte die 2019 erfolgte Verlängerung des Versorgungszeitraums durch die schwarz-gelbe Landesregierung von 20 auf 25 Jahre für unwirksam erklärt. Deshalb wird es nach der Auswertung der Stellungnahmen aus dem zweiten Beteiligungsverfahren zu den erneut geänderten Flächen eine dritte Offenlage des Regionalplanentwurfes geben müssen.

Die Fraktion mahnte in dem Zusammenhang die Beantwortung unserer Fragen auf der geplanten Informationsveranstaltung für die Politik des Verbandes an. Wir wollen unter anderem wissen, inwieweit bei dieser erneuten Bewertung von Flächen auch die Methodik der Bedarfsberechnung überarbeitet werden muss und wie man dabei erreichen kann, dass die Umweltbelange, der Erhalt der Landschaft mehr Gewicht bei der Abwägung erhalten können. Das wurde zugesagt. Die weiteren Positionen der Fraktion zum Urteil kann man der untenstehenden Presseerklärung entnehmen.

Tariffragen und Nachhaltigkeit am Bau als Vergabefaktoren bei Modernisierung Dienstgebäude abgelehnt

Grundsätzlich besteht Einigkeit darüber, dass das Dienstgebäude des Verbandes auf der Gutenbergstraße in Essen saniert und durch einen Neubau ergänzt werden soll – außer mit der AfD-Fraktion. So können für die bestehende und wachsende Zahl an Mitarbeitenden entsprechende Arbeitsbedingungen geschaffen und das Angebot zur Kinderbetreuung ausgebaut werden. Insofern war klar, dass die von der AfD-Fraktion beantragte Einstellung des Projektes durch alle Fraktionen abgelehnt wird.

Unverständlicherweise hat die SPD-Fraktion ihren Koalitionspartner CDU nicht überzeugen können, unserem Antrag zuzustimmen, nach dem die Verwaltung verpflichtet werden sollte, auch bei der möglichen Vergabe der weiteren Planung und des Baus an einen Projektentwickler dafür zu sorgen, dass Tarifverträge und das Ziel der Nachhaltigkeit eingehalten werden. Es heißt zwar, die zuständige Dezernentin habe diese Ziele im Auge, aber eine Festlegung wäre aus unserer Sicht schon sinnvoll gewesen.

Dem Antrag der Koalition von SPD und CDU die Ergebnisse der Bedarfs- und Kostenplanung zur Beschlussfassung erneut vorzulegen, haben wir natürlich zugestimmt.

Was sonst noch beschlossen worden ist

Mit der beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung ist nun endlich die Grundlage geschaffen worden, ab September die Sitzungen der Verbandsversammlung per Livestream zu übertragen. Dass man diese dann nur drei Monate abrufen kann, haben wir erneut im Verbandsausschuss kritisch angemerkt. Dem FDP-Antrag erst bei einer Zweidrittelmehrheit die Übertragung unterbrechen zu können, haben wir zugestimmt.

Darüber hinaus hat die Verbandsversammlung dem Verkauf des ehemaligen Bahnbetriebswerks Bismarck in Gelsenkirchen zugestimmt. Das denkmalgeschützte Ensemble, in dem seit Jahren ein Eisenbahnverein sein zu Hause hat, soll erhalten bleiben. Auf dem Gelände soll ein neues Bahnbetriebswerk gebaut werden, dass 200 qualifizierte Arbeitsplätze schafft. Eine lange Diskussion um die Nutzung des Geländes könnte damit relativ gut gelöst werden.

Pressemitteilungen

OVG-Kiesurteil: „Klatsche“ für die Landesregierung

4.05.2022

Die Forderung nach einem Kies-Moratorium muss nun endlich umgesetzt werden!

Die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) begrüßt die klare Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes (OVG) Münster, das die Vorgaben des Landesentwicklungsplans (LEP) zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze gestern für rechtswidrig erklärt hat.

Nach Auffassung des Gerichtes ist insbesondere die Verlängerung des Versorgungszeitraums von 20 auf 25 nicht ausreichend mit anderen Belangen wie dem Umweltschutz abgewogen worden.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR: „Das Urteil ist eine dicke ‚Klatsche‘ für die schwarz-gelbe Landesregierung, insbesondere für Landeswirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP), der die Regelungen im LEP bis zuletzt verteidigt hat. Es ist aber auch eine ‚Klatsche‘ für die vorherige rot-grüne Landesregierung, die die Berechnung des Kiesbedarfs im LEP zu

verantworten hat. Herzlichen Glückwunsch an die Kreise Wesel und Viersen und die Städte Kamp-Lintfort, Neukirchen-Vluyn, Rheinberg und Alpen, die die Klage eingereicht haben! Ohne diesen Schritt und das große Engagement der Initiativen des Niederrheinappells wäre der Raubbau an der Natur zugunsten der Kiesindustrie immer weiter fortgesetzt worden. Nun muss die neue Landesregierung den LEP ändern und die Belange des Umweltschutzes, des Städtebaus und der Land- und Forstwirtschaft endlich ernsthaft beachten. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Kreise Wesel und Viersen nicht wie ein ‚Schweizer Käse‘ durchlöchert werden!“

DIE LINKE im RVR hatte als einzige Fraktion im Ruhrparlament beantragt, der Klage beizutreten, um vor der neuen Offenlage des Regionalplans Rechtssicherheit zu erhalten. Nachdem dies von der Mehrheit in der Verbandsversammlung abgelehnt worden war, hat sie in der vorletzten Verbandsversammlung beantragt, das von den Kommunen im Kreis Wesel geforderte Moratorium in der Form zu unterstützen, dass die Frage des Kiesabbaus in einem Teilplan des Regionalplans später behandelt wird. Rechtlich wäre dies möglich gewesen, auch die Kooperationsstandorte für Industrieansiedlungen sind in einem Teilplan vom eigentlichen Regionalplan abgetrennt worden. Auch diesen Antrag haben die Fraktionen von SPD, CDU, FDP, Grünen und AfD im Ruhrparlament mehrheitlich abgelehnt.

„Durch das Urteil ist klar, dass auch der Regionalplanentwurf geändert werden muss, wenn er rechtssicher werden soll,“ so Wolfgang Freye abschließend. „Unser Antrag war also gar nicht so dumm! Er hätte dem RVR auch die Auseinandersetzung mit tausenden von Einsprüchen erspart, die jetzt allein zur Frage des Kiesabbaus gegen den Regionalplanentwurf eingereicht wurden. Aus unserer Sicht muss der Kiesabbau nun wenigstens im Nachhinein aus dem Regionalplanentwurf herausgenommen werden und später, nach der Änderung des LEP, in einem Teilplan behandelt werden. Darauf werden wir im RVR hinwirken.“

Alle vollständigen Pressemitteilungen und weitere Informationen sind unter [DIE LINKE. im RVR](#) zu finden.

DIE LINKE im Regionalverband RUHR (RVR) jetzt auch bei Facebook: @DieLinke.RVR

Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an dielinke@rvr-online.de.

Impressum: DIE LINKE im RVR, Kronprinzenstraße 35; 45128 Essen. V.i.S.d.P. Heike Kretschmer
Telefon: (0201) 2069-325 – e-Mail: dielinke@rvr.ruhr – Internet: www.dielinke-rvr.de